Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.11.2009
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:52 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesend waren vom Ausschuss:

Herr Auffermann, Christopher -
Frau Dinnebier, Kirsten - SPD
Frau Funk, Angelika -
Herr Muth, Stephan
Herr Sauer, Florian - CDU
Herr Bürgermeister Dr. Kahle, Franz - B 90 / Die Grünen
Frau Oberlik, Renate -
Herr Schäfer, Wolfram - B 90 / Die Grünen
Herr Harries, Frank -
Frau Ludwig, Schwester Edith -
Frau Ackermann-Feulner, Karin -
Herr Harborth, Michael -
Frau Mietz, Cornelia -
Herr Schmittdiel, Peter -

Anwesend waren weiterhin:

als beratende Mitglieder	Herr Meineke
von der Verwaltung:	Herr Meyer, Frau Munz-Weege, Frau Neumann, Herr Schmidt, Frau Schreyer, Frau Siegel-Engelmann, Herr Muth (alle FB Kinder, Jugend, Familie), Herr Zentner (FD Arbeitsgelegenheiten, Verbundausbildung, Jugendberufshilfe), Frau Obst (FD Schule)
als Gäste	Herr Dr. Malmanesh (Agentur für Arbeit), Herr Schäfer (Friedrich-Ebert-Schule), Herr Schuldt (Staatl. Schulamt), Frau Vogt (Regionales Übergangsmanagement)

Protokoll:

Herr Bürgermeister Dr. Kahle eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ordnungsgemäß geladen und in beschlussfähiger Anzahl erschienen sind. Er teilt mit, dass der vorgesehene Tagesordnungspunkt 4 „Modellprojekt Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb – SchuB-Klasse an der Emil-von-Behring-Schule“ wegen terminlicher Verhinderung des durchführenden Trägers auf die nächste Sitzung verschoben werden muss. Ferner soll der Tagesordnungspunkt 5 „Sachstandsbericht Projekte VBO und OloV“ aus terminlichen Gründen des Vertreters des staatlichen Schulamtes gleich zu Beginn der Sitzung behandelt werden. Die so geänderte Tagesordnung wird angenommen.

TOP 5: Sachstandsbericht Projekte VBO (Vertiefte Berufsorientierung) und OloV (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen)

Herr Dr. Kahle begrüßt hierzu Herrn Schuldt vom staatlichen Schulamt, den Schulleiter der Friedrich-Ebert-Schule, Herrn Schäfer, Herrn Dr. Malmanesh von der Agentur für Arbeit, Frau Vogt vom Regionalen Übergangsmanagement Marburg, Frau Munz-Weege und Frau Schreyer vom Jugendbildungswerk sowie Herrn Zentner vom Fachdienst Arbeitsgelegenheiten, Verbundausbildung, Jugendberufshilfe.

Frau Munz-Weege vom Jugendbildungswerk, das als Regiestelle für das VBO-Projekt fungiert, verteilt zunächst eine Tischvorlage und erläutert anschließend das Kooperationsprojekt VBO der Stadt Marburg und der Agentur für Arbeit Marburg, das auf Grundlage von Vorschriften des SGB III Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen durch vertiefte Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung fördern will. In Marburg haben im vergangenen Schuljahr insgesamt 17 Projekte mit 822 Teilnehmer/inne/n stattgefunden. Ziele der einzelnen Projekte sind eine frühzeitige berufliche Orientierung der Schüler/innen, um so nach dem Ende der Schulzeit möglichst nahtlos in eine berufliche Ausbildung einmünden zu können. Das finanzielle Volumen der Projekte betrug 112.541 EUR und wurde zu gleichen Teilen von der Stadt Marburg und der Agentur für Arbeit bereit gestellt. Frau Munz-Weege dankt abschließend der Agentur für Arbeit für die gute Kooperation.

Der Schulleiter der Friedrich-Ebert-Schule, Herr Schäfer, beschreibt anschließend mittels einer Power-Point-Präsentation die Ausgestaltung von VBO-Projekten an seiner Schule. Dort wurde seit 2006/07 ein Prozess in Gang gesetzt, der u.a. eine gemeinsame Beschulung von Haupt- und Realschule in den Klassen 5-8 sowie eine Weiterentwicklung hin zur Ganztagsschule beinhaltet. Für das Schuljahr 2009/10 wurde durch das Hess. Kultusministerium ein neues Beschulungskonzept genehmigt, das ein Fach „Lebensplanung und Berufsorientierung“ vorsieht. Über die Klassen 5-10 wurde ein Konzept entwickelt, dass in einzelnen Phasen die Schüler/innen einen Berufswegeplan durchlaufen lässt. Herr Schäfer hebt die positive Entwicklung des Projektes hervor und bedankt sich bei allen Partnern für die gute Zusammenarbeit.

Herr Dr. Malmanesh, Teamleiter U25 bei der Agentur für Arbeit, betont die Bedeutung des Projekts auch aus der Sicht der Arbeitsagentur. Über die Frage zur zukünftigen Entwicklung

und finanziellen Ausstattung kann er derzeit keine verbindlichen Aussagen treffen, da aktuell noch die Budgetverhandlungen innerhalb der Agentur stattfinden.

Herr Zentner ergänzt die vorangegangenen Ausführungen unter Einbeziehung des Projektes OloV. Beiden Projekten gemein ist die Absicht, den Übergangsprozess Schule – Beruf zu optimieren. Sie sollen dabei keine Konkurrenz zu anderen Projekten darstellen, sondern diese ergänzen und miteinander vernetzen. Besonderheit bei OloV ist, dass hier keine gesetzliche Grundlage besteht, sondern vielmehr der seit 2004 bestehende „Hessische Pakt für Ausbildung zwischen Wirtschaft, Kommunalen Spitzenverbänden, Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und der Landesregierung“ den Rahmen für die regionalen Aktivitäten bildet. Seitens der Landesregierung wird derzeit die Absicht bekundet, das Projekt fortzuführen, wobei verbindliche Aussagen noch nicht getroffen wurden. Herr Zentner ist jedoch optimistisch, da auch das Land das Projekt bisher als großen Erfolg betrachtet hat.

Auch Herr Schuldt vom staatlichen Schulamt gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Fortbestand der Projekte aufgrund des großen Erfolgs durch die verantwortlichen Stellen weiter gesichert wird. Er bekräftigt die große Bedeutung auch aus Sicht des Schulamtes und bedankt sich abschließend bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Fragen der Ausschussmitglieder werden anschließend beantwortet. Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei den Vortragenden für deren Ausführungen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. September 2009

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

TOP 2: Bericht aus den Fachausschüssen und aus der AG Kinderbetreuung

Herr Harborth erklärt, dass der FA Erziehungshilfe zwischenzeitlich nicht getagt hat. Die letzte Sitzung musste ausfallen.

Herr Schmittdiel berichtet für den FA Jugendförderung, der sich in seiner letzten Sitzung am 30.10. erneut mit der Erhebung „Barrierefreie Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit in Marburg“ befasst hat. Weitere Themen waren der Haushalt 2010 und „Marburg Mitte“ sowie die Nachbereitung der hierzu am 11.09. durchgeführten Veranstaltung im Haus der Jugend. Der FA ist danach der einhelligen Auffassung, dass die in Marburg-Mitte erfolgreich durchgeführten Projekte HALt und P³ in jedem Fall erhalten bleiben müssen. In eigener Sache berichtet Herr Schmittdiel, dass am St. Martin-Haus eine Qualifizierungsmaßnahme für junge Menschen an den Start gegangen ist, die er gerne in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen vorstellen würde.

Der FA Kinderbetreuung, so Frau Mietz, hat am heutigen 05.11. getagt. Themen waren erneut die Mindestverordnung sowie die Frage des Umgangs mit der „Schweinegrippe“ in den Kindertagesstätten. Seitens des FA wird eine zeitnahe Infoveranstaltung hierzu gefordert.

Für die AG § 78 berichten ebenfalls Frau Mietz sowie Herr Meyer. Die AG hat zuletzt am 09.09. getagt. Der AG lag eine Einladung in den Beirat der Käthe-Kollwitz-Schule vor, der ein Mitglied der AG folgen wird. Auch war erneut die Mindestverordnung Thema der Sitzung. Weiterhin bestehen hier viele Unklarheiten, insbesondere auch bezüglich der Erstattung der konnexitätsbedingten Mehrkosten, für die immer noch kein Abrechnungsverfahren bekannt ist und entsprechende Formulare weiterhin nicht vorliegen. Bedauert wird, dass von den ehemals thematisierten Qualitätsverbesserungen heute keiner mehr spricht. In der AG herrscht dennoch Einigkeit, dass das Positionspapier „Qualitätsverbesserungen“ unabhängig von den Vorgaben der Mindestverordnung weiterhin diskutiert werden soll. Schließlich stellt die AG fest, dass der erwartete Fachkräftemangel inzwischen auch in Marburger Einrichtungen angekommen ist.

TOP 3: Haushalt 2010

Herr Dr. Kahle berichtet von der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die teilweise mit dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen am 03.11. stattgefunden hat. Er hebt die im Vergleich zu anderen Kommunen insgesamt positiven städtischen Kennzahlen hervor. Während um die Jahrtausendwende noch 180 Mio EUR Schulden zu verzeichnen waren, sind diese aktuell auf eine Größenordnung von 20 – 30 Mio EUR abgetragen worden. Zwei Dinge sind dennoch negativ hervorzuheben: Durch Gewerbesteuerumlage, Berücksichtigung der Einnahmen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage bleibt der Stadt Marburg bei der Gewerbesteuer nur jeder 4. EUR erhalten, d.h., dass von rd. 60 Mio Gewerbesteuereinnahmen effektiv nur rd. 15 Mio EUR der Stadt verbleiben. Weiterhin werden durch Einführung der doppischen Buchführung zukünftig bei Investitionen Abschreibungen als Ausgaben kalkuliert werden müssen, wodurch die Höhe der liquiden Mittel schrumpft.

Die finanzielle Ausstattung der Freien Träger wird im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Der hohe Ausbaustand in der Kinderbetreuung ist auch im Haushalt nachvollziehbar und hat sich in 100.000er EUR-Schritten vollzogen.

Während im Einzelplan 4 1997 noch ein Zuschussbedarf von 16, 5 Mio EUR ausgewiesen wurde, betrug dieser 2008 bereits 26,7 Mio EUR. In den nächsten Haushalten wird davon auszugehen sein, dass ein Viertel des städtischen Gesamthaushaltes für soziale Zwecke einzukalkulieren ist.

Für die durch die Mindestverordnung entstehenden Aufwendungen wurden im Rahmen der Konnexität vorsichtig Landeszuweisungen in den Haushalt eingestellt. Per Saldo werden aber der Stadt kaum zusätzliche Einnahmen zu Gute kommen, da vermutlich von einer Refinanzierung im Rahmen der Berechnung des Lastenausgleichs auszugehen ist.

Im Übrigen wurden im Wesentlichen Wiederholungsansätze veranschlagt. Keines der laufenden Projekte wird im kommenden Haushaltsjahr wegfallen. Die „Vertiefte Berufsorientierung“ wurde im Haushalt verstetigt. Im Rahmen der Projektförderung Soziale Stadt wurde das neue Einzelprojekt „Neue Partnerschaft-Struktur“ im Haushalt eingebracht.

Auf investiver Ebene schlägt das Instandsetzungsprojekt „Friedrichstraße 36“ (Fachbereiche Arbeit, Soziales und Wohnen und Kinder, Jugend, Familie) einschließlich der Auslagerungen der Fachbereiche 4 in das Rathaus Cappel und des FB 5 in das Gebäude „Am Plan 3“ mit 4,5 Mio EUR zu Buche. Im Stadtwald ist die Erneuerung des Hauptgebäudes mit Sanitär- und Gruppenräumen im Haushalt berücksichtigt. Der Kindergarten Bauerbach ist mit rd. 2 Mio ebenso im Haushalt wiederzufinden, wie verschiedene Sanierungen, u.a. Kindergarten Erfurter Straße, oder der Ausbau der Hortplätze am Richtsberg.

TOP 6: Bericht Soziale Dienste

Hierzu wurde den Mitgliedern das Papier „Fortschreibung des Berichts über die Situation der sozialen Dienste in Marburg“ mit der Einladung übersandt. Herr Meyer weist darauf hin, dass die Tabellen 2 und 3 fehlerhafte Zahlen enthalten. Er verteilt korrigierte Tabellen und bittet um Austausch. Sodann erläutert er kurz den gemeinsam mit dem Fachbereich 4 erstellten Bericht. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

TOP 7: Anträge

Hierzu liegt der Antrag der CDU-Fraktion betr. „Module für Kinderbetreuung in Früh- und Spätstunden“ vor. Der Antrag wurde bereits durch den Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen zur Stellungnahme an den Jugendhilfeausschuss, Fachausschuss Kinderbetreuung, überwiesen. Die Stadtverordnetenversammlung hat darauf hin in ihrer Sitzung am 30.10. den Antrag zurückgestellt, bis die Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses vorliegt.

Der Jugendhilfeausschuss überweist den Antrag einstimmig an den Fachausschuss Kinderbetreuung und die AG § 78 zur Beratung und Stellungnahme. Hiernach erfolgt erneute Beratung im Jugendhilfeausschuss.

TOP 8: Verschiedenes

- Der Vorsitzende weist auf den Fachtag „Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe“ am 09.12., 10:00 Uhr, im Rathaus hin.

- Mit der Einladung versandt wurde eine Mitteilung des Hess. Städtetags mit dem Hinweis auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes „Staatliche Förderung freier Jugendhilfeträger setzt angemessene Eigenleistung voraus“. Auf Nachfrage von Herrn Schäfer erklärt Herr Dr. Kahle, dass der Hinweis informationshalber an die Mitglieder versandt wurde und, dass kein konkreter Anlass bestehe, dass er versandt wurde. Herr Meineke bietet an, bei Bedarf die Langfassung des Urteils per Email zu übersenden.

- Frau Oberlik fragt nach den Konsequenzen für die Jugendhilfe, die sich aus einem neuen Urteil des VGH Hessen zur Frage der Kostenübernahme für eine Legasthenietherapie ergeben. Herr Dr. Kahle erklärt hierzu, dass man so verblieben sei, dass man zunächst die Diskussion innerhalb des Hessischen Städtetags und des Hessischen Landkreistages abwarten und an der bisherigen Praxis zunächst nichts ändern wolle. Zur Frage der Auswirkungen des Urteils auf die Praxis der Jugendhilfe erwarte man zudem ein Gutachten des Städtetages. Im Übrigen betreffe das Urteil weniger

die in der Stadt Marburg geübte Praxis, da hier bereits eine Kooperation zwischen staatlichem Schulamt und Stadt bestehe und hinsichtlich einer Teilhabeverbesserung bereits vielfache Angebote der Stadt an die Betroffenen außerhalb von Legasthenieförderung gemacht werden.

- Seitens des FD Schule wird eine Übersicht der Betreuungsangebote für Schulkinder in der Stadt Marburg an die Anwesenden verteilt.

- Herr Dr. Kahle begrüßt kurz die neue regionale Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hessen, Frau Iris Demel, die als Nachfolgerin von Herrn Günther ihre Arbeit inzwischen aufgenommen hat.

Marburg, 10. November 2009

Vorsitzender:

gez.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Protokoll:

Frank Muth